

Gebührt 6 mal jährl. mit Muster, Gelehrtenberichten, "Heimat und Welt" und der Kinderberatung „Für unter kleinen Freuden“, sowie den Zeitschriften „St. Bonno - Blatt“, „Auskultation und Wissen“, „Die deutsche Hausfrau“, „Märzlicher Volksbericht“, „Das gute Buch“, „Baukunstlicher Verlag“ Preisvergleich 1000 einheitl. Postkarte. Einschlußnummer 104. Sonnabend u. Sonntagnummern 204.

Hauptredakteur: Dr. G. Deetz, Dresden.

Sächsische Volkszeitung

Für christliche Politik und Kultur

Verlagsstelle, Druck u. Verlag: Germania, A.-G.
Dr. Berling und Brüder, Alte Dresdner, Dresden-M.L.
Vollstraße 12, Raum 2102, Postleitziffer Dresden
2102 Hanftaus Stadtteil Dresden Nr. 01121

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung
Dresden-Mitte L. Vollstraße 12, Raum 2011
und 2012.

Hoover-Plan angenommen

Das wochenlange Feilschen in Paris ist endlich beendet

Deutschlands Interesse gewahrt

Paris, 7. Juli.

Zwischen den französischen und amerikanischen Unterhändlern ist gestern 23.20 Uhr ein Protokoll paraphiert worden, das die zwischen den amerikanischen und französischen Unterhändlern hinsichtlich des Hoover-Plans getroffene Vereinbarung enthält. Das Protokoll hat folgenden Wortlaut: Nach den Meinungsunterschieden, die erfolgt sind, stellt die französische Regierung fest, daß sie mit der Regierung der Vereinigten Staaten in bezug auf die Grundlagen des Vorschlags des amerikanischen Staatsoberhaupten Hoover über folgende Punkte einig ist:

1. Die Zahlung der interalliierten Schulden wird vom 1. Juli bis zum 30. Juni 1933 aufgehoben.

2. Das Reich liefert die Summe der ungeschütteten Jahresrate an die V.D.Z. ab, aber die französische Regierung erhält sich, was dies betrifft, damit einverstanden, die vom Reich geleisteten Zahlungen bei der V.D.Z. in Bonds anzulegen, die von der deutschen Reichsbahn garantiert sind.

3. Alle Zahlungen sind verzinsbar unter den Bedingungen, die von der amerikanischen Regierung angeregt worden sind, und sollen in 10-Jahresraten vom 1. Juli 1933 an amortisiert werden.

4. Dieselben Bedingungen sind für die von der Deutschen Reichsbahn ausgegebenen Bonds anwendbar.

In bezug auf drei weitere Punkte, die nicht unmittelbar die amerikanischen Interessen und die amerikanische Regierung betreffen, gibt die französische Regierung folgende Erklärungen ab:

a) Eine gemeinsame Aktion der führenden Zentralbanken durch Vermittlung der V.D.Z. soll ins Leben gerufen werden zum Vorteil derjenigen europäischen Länder, die besonders durch die Aufhebung der Zahlungen, so wie sie vorgeschlagen sind, zu leiden haben.

b) Eine vorläufige Vereinigung soll zwischen Frankreich und der V.D.Z. erzielt werden, damit Frankreich im Falle eines Moratoriums des Youngplanes den Garantiefonds nur durch Monatszahlungen, die den Bedürfnissen der V.D.Z. entsprechen, ergänzt.

c) Die Regelung der Frage der Sachlieferungen und der verschiedenen technischen Anpassungen, die durch die Anwendung des amerikanischen Abkommens notwendig werden, soll

durch einen Sachverständigenausschuß geregelt werden, der von den interessierten Regierungen bestimmt wird und der die tatsächlichen Ressourcenmöglichkeiten an den Hooverplan an gleichen soll. Frankreich behält sich das Recht vor, von der deutschen Regierung die unerlässlichen Zusicherungen bezüglich der Verwendung des ihr zur Verfügung gestellten Kredites zu ausschließlich wirtschaftlichen Zwecken zu verlangen."

Besiedigung in Washington

Washington, 7. Juli.

Der Abschluß der französisch-amerikanischen Verhandlungen wird hier bestätigt. — In der amerikanischen Presse wird die Einigung mit großer Erleichterung begrüßt, dabei jedoch die Tatsache hervorgehoben, daß Hoover fest geblieben sei und es schließlich allen französischen Bemühungen zum Trotz durchgesetzt habe, daß Deutschland während der einjährigen Pause von sämtlichen Reparationslasten befreit bleibt.

Berliner Presse-Stimmen

Berlin, 7. Juli. Die gestern zustande gekommene Einigung zwischen den amerikanischen und den französischen Unterhändlern über den Plan des Präsidenten Hoover wird von den größeren Berliner Morgenzeitungen in großer Ausmaßnahme vertont.

Die "Germania" charakterisiert die Einigung dahin, daß man sich auf der Grundlage eines Kompromisses einigte, der grundsätzlich Hoovers Prinzipien übernahm, in manchen Angelegenheiten aber der französischen Empfindlichkeit und den französischen Sonderwünschen in recht weitgehendem Maße Rechnung trage.

Die "Vossische Zeitung" schreibt, daß der Gegenstand und die Sachlieferungen betreffende Vorbehalt den Wert der formellen Inkraftstellung des Hooverplanes nicht vermindere. Das Entscheidende sei, daß mit Zustimmung aller Regierungen Deutschland bis zum 15. Juli 1932 keinen Pfennig in fremde Währung zu übertragen habe.

Die "D.A.Z." erklärt, die Franzosen wollten uns ausbluten lassen, um uns dann dämmern zu können; nicht bloß politisch der ungeschütteten Annuitäten oder Sachlieferungen, sondern hinsichtlich politischer Landesfragen ersten Ranges. Hoffentlich wird sich das Pariser Ueberkommen vor allem psychologisch als nicht nutzlos, sondern konstruktive, aufbauende Besinnung, die endlich auf das Ganze geht, ist das Gebot der Stunde.

Der Kommunismus in China

Unaufhörlich wiederholt sich der labryinthisch irrelaufende chinesischen Bürgerkriegs. Im vorigen Jahr bildete die größte Gefahr für die Nankingregierung die Koalition der Generäle im Norden, an deren Spitze Feng-Hsiu-Hsiang und Yen-Shi-Shan standen. Kaum war es der Nankingregierung gelungen, diese Koalition zu besiegen (es geschah das zum großen Teil dadurch, daß der gegenwärtige Beherrscher der Mandchurie, Chang-Hsi-Liang, nicht auf die Seite der nördlichen Generäle trat, sondern der Nankingregierung treu blieb), als sich nun eine neue Koalition gegen die in Nanking herrschende Gruppe bildete, diesmal im Süden des Reiches, in Kanton. Den Anfang zur Bildung dieser neuen Koalition gegen Nanking stellte ein Anfang März zwischen Chian-Kai-Schel, dem Vorsitzenden der Regierung und dem Oberbefehlshaber des Heeres, und Hu-Han-Min, dem Vorsitzenden des gesetzgebenden Rates, ausgebrochener Konflikt.

Die gegenwärtige Regierung in China besteht bekanntlich neben den Ministerien, aus fünf Räten oder "Yuans": für Gesetzgebung, Ausführung, Gewalt, Rechtsprechung, Prüfung und Kontrolle. Formell besteht die Konfliktsache darin, daß Chiang-Kai-Schel der Meinung war, es müsse jetzt von einer besonders dazu einzuberuhenden Nationalversammlung eine vorläufige Verfassung für China erlassen werden, während Hu-Han-Min sich gegen eine solche Verfassung aussprach. Beide betrieben sich bei der Befriedigung ihrer Standpunkte auf die Lehre Sun-Yat-Sens, deren Gedanken ja offiziell allen Handlungen der gegenwärtigen Kuomintangregierung in China zugrunde liegen. In Wirklichkeit handelt es sich nicht so sehr um die Auslegung der Schriften Sun-Yat-Sens, sondern es war ein Machtkampf zwischen beiden genannten chinesischen Staatsmännern. Hu-Han-Min war gegen den Erlass einer vorläufigen Verfassung, weil er der Meinung war, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen diese Verfassung die Macht Chian-Kai-Schels, der als Vorsitzender der Regierung und gleichzeitig Generalissimus schon an sich eine viel zu große Macht in der Hand hat, noch mehr stärken würde. Chiang-Kai-Schel seinerseits erklärte den Widerstand Hu-Han-Mins gegen den Erlass einer Verfassung damit, daß Hu als Vorsitzender des gegebenen "Yuans" seine Rechte nicht durch die Verfassung schützen lassen möchte, da er, solange es keine Verfassung gibt, allein die ganze gesetzgebende Arbeit der Regierung zu beeinflussen imstande ist. Der Konflikt endete damit, daß Hu-Han-Min von seinem Posten entfernt wurde und eine Zeitlang sogar von Chiang-Kai-Schel in einer Art Haftarrest behalten wurde. Die Macht Chiang-Kai-Schels wurde daraus durch die am 5. Mai in Nanking zusammengestretene Nationalversammlung in der Tat dadurch erhöht, daß die von der Versammlung angenommene vorläufige Verfassung dem Vorsitzenden der Regierung — also jetzt Chiang —, die Initiative bei der Ernennung von Ministern und Vorsitzenden der Yuans gewährt.

Die gewaltsame Entfernung Hu-Han-Mins von seinem Posten wurde zum Signal der Sammlung aller Gegner Chiangs aus den verschiedenen Lagern. Sie traten in Kanton zusammen (Hu-Han-Min ist Kantone und hat dort zahlreiche Anhänger) und bildeten eine Regierung, die jetzt den Anspruch erhebt, eine neue Zentralregierung in China zu sein. Zu den Mitgliedern dieser Regierung gehören einige in China sehr bekannte Politiker. So ist Außenminister der neuen Regierung in Kanton Eugen Chen — ein auf der Insel Trinidad geborener Chines, der vor einigen Jahren, als China keinen energischen Kampf für die Abhängigkeit der Niederländer der Ausländer begann, Außenminister der Kuomintangregierung war und aus dieser Regierung ausschied, als sie mit den Kommunisten brach. Ferner sind Mitglieder der Regierung: Wang-Chi-Wei, ein alter Revolutionär und Freund von Sun-Yat-Sen, der ein Führer des linken Flügels der Kuomintang, der sogenannten "Reorganisationen" ist; Sun-Tso, der zu der gemäßigten Richtung gehört und ein großer Anhänger vor allem deswegen besitzt, weil er ein Sohn Sun-Yat-Sens ist (er war bis jetzt Eisenbahnminister in Nanking). Zwischen Kanton und Nanking herrscht nun gegenwärtig Kriegszustand. Wie sich die Lage weiter entwickeln wird, läßt sich vorläufig nicht voraussehen. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird auch dieses Mal die Entscheidung zu einem großen Teil von der Haltung des "Jungen Marschalls", Chang-Hsi-Liang, abhängen, der allerdings nach den neuesten Nachrichten nicht ungefährlich erkannt sein soll und sich gegenwärtig in einem Krankenhaus in Tientsin befindet.

Die Sowjetpresse ist von dieser Entwicklung in China sehr bestrebt, da das Wiederaufleben des Bürgerkrieges vor allem die Folge haben muß, daß die Nanking-Regierung den Kampf gegen die "roten" Aufständischen wenn nicht ganz, so jedenfalls zum Teil wird einstellen müssen, um ihre Truppen gegen Kanton verwenden zu können. Es ist sehr schwer, das eigentliche Wesen dieser angeblich kommunistischen Aufständischen, die in der Sowjetpresse

Hochwasser im Erzgebirge

Nach schweren Wölfenbrüchen — Sachschaden für 15 Millionen Mark

Drei Todesopfer

Johanngeorgenstadt, 7. Juli.

Montag nachmittag entluden sich über den Ortschaften Jugel, Wittichenhöhl und Breitenbach heftige Gewitter, die von Wölfenbrüchen begleitet waren.

Die Bergbauböschungen vermochten die riesigen Wassermassen nicht zu fassen, die zu einem breiten Strom anchwollen und im ganzen Tal bis Schwarzenberg ungeheure Verwüstungen verursachten.

In Wittichenhöhl wurden mehrere Gebäude völlig zerstört. Besonders stark wurden die Ortschaften Erla und Antonithal in Wittichenhöhl gesogen. Große Holzlager in Antonithal wurden fortgeschwemmt. In Erla sind einige Häuser völlig untergegangen. Die Fernsprecheinrichtungen sind unterbrochen und die Wasserleitungssysteme schwer beschädigt. Die Kraftwagen, die sich gerade auf der Fahrtstraße nach Schwarzenberg befanden, wurden von den Wassermassen emporgehoben und weitergetragen. Die Eisenbahnlinie Schwarzenberg-Johanngeorgenstadt ist an mehreren Stellen so stark unterhalb, daß der Verkehr vorläufig eingestellt werden mußte. Auch in Schwarzenberg wurden einige Häuser beschädigt. Sämtliche Feuerwehren der Umgegend wurden zur Hilfeleistung herangezogen.

Der angesetzte Sachschaden wird auf 15 Millionen Mark geschätzt. Todesopfer sind erstaunlicherweise nur vereinzelt zu beklagen.

Die Ortschaften Jugel, Wittichenhöhl und Breitenbach bilden nur noch einen mästen Trümmerhaufen. Viele Häuser sind eingestürzt, wobei ein Lehrer von den Trümmern erschlagen wurde. Zwei Kinder werden noch vermisst. Sie sind vermutlich ums Leben gekommen.

Die große Eisenbetonbrücke in Wittichenhöhl wurde von den Wassermassen zertrümmert und abgetrieben. Auf der Strecke von Breitenbach bis Antonithal ist die Talstraße teilweise aufgerissen. Der Eisenbahnkörper ist stellenweise samt den Gleisen in das Flußbett abgerutscht. Die ganze Eisenbahn-

strecke von Schwarzenberg bis Johanngeorgenstadt muß als völlig vernichtet angelebt werden. In den Ortschaften drang das Wasser meterweit in die Keller ein und die Bewohner mußten sich an einzelnen Stellen in die oberen Stockwerke retten. Außer den Telegrafenleitungen sind auch Mauern der Höhlebauten zerstört. Außer den Telefonen und Telegraphen. Johanngeorgenstadt ist ohne Licht und Telefon. Zahlreiches Mobiliar wurde vom Wasser fortgeschwemmt.

Auch die Stadt Schwarzenberg wurde von dem Hochwasser heimgesucht. Die Wassermassen wälzten sich dort in einer Breite von etwa 80 Metern durch das Tal, wobei die hohen Ufermauern heiterlei Hindernisse bildeten. Die Stützmauer des Wassers war so stark, daß ein mächtiges Holzgerüst weggeschwemmt und wertvolles Maschinenmaterial vernichtet wurde. In den Arbeitsställen des Sauerstoff-Wasserstoff-Werkes stand das Wasser meterhoch. Im unteren Stadtbereich wurde das Straßenpflaster aufgerissen und das Wasser drang meterhoch ein.

In Glashausen machten sich umfangreiche Witterungsarbeiten an der Baustelle der Waldverbesserung notwendig, wo durch die Hochwasserschlut zahlreiche halbfertige Bauten bedroht waren. Es gelang jedoch, mit Hilfe von zwei Löschjägern der Freiwilligen Feuerwehr und des Pontoniechocks alle Bauten zu sichern, so daß der von den Fluten und dem mitgeschwemmten Treibholz angesetzte Schaden nur gering ist. Der Höchstwasserstand wurde am Dienstagmorgen mit 208 Metern erreicht, das ist bereits 28 Zentimeter über Gefahrenmarke A. Die gesamte Unterstadt, welche von dem Wasser stark bedroht wurde, war alarmiert worden. Nach 6 Uhr ging das Wasser jedoch wieder zurück.

Wie die Reichsbahndirektion Dresden mitteilt, ist der Betrieb auf der Strecke Schwarzenberg-Johanngeorgenstadt wegen umfangreicher Dammbrüche und Unterführungen bis auf weiteres auf mehrere Tage gesperrt. Die Betriebsstörung auf der Linie Aue-Lauter ist seit heute wieder aufgehoben. Ebenso ist die Strecke von Johanngeorgenstadt nach Karlsbad wieder voll in Betrieb.

| | |
|---|-------|
| 7 | 3.7 |
| 2 | 42 |
| 9 | 50 |
| 7 | 30 |
| 2 | — |
| 2 | 5.5 |
| 2 | 65 |
| 2 | 11 |
| 2 | — |
| 2 | — |
| 5 | 103 |
| 3 | 41 |
| 1 | 41.5 |
| 6 | 49 |
| 1 | 16 |
| 0 | — |
| 2 | — |
| 7 | 7.75 |
| 2 | 12.20 |
| 2 | 16.70 |

neue
Aktien

71.75

0.25 43.75

2.25 35

11 42

4 57

10 182

18 40

12 74

19 119

18 120

34 37.5

Kulturdebatte im Landtag

Die Staatsleistungen für die katholische Kirche bewilligt, für die evangelische abgelehnt

Ein grotesker Beschluß

Dresden, 7. Juli.

In seiner Sitzung am Dienstag beriet der Sachsenische Landtag als ersten Punkt nochmals die Kapitel Staatsleistungen für die evangelische Landeskirche und katholisch geistliche Behörden. Die Leistungen für die katholischen Geistlichen und Behörden wurden mit 47 gegen 41 Stimmen angenommen, während für die Leistungen an die evangelische Landeskirche je 47 Stimmen gegässt wurden. Man rechnet aber damit, daß in der dritten Lesung des Kapitels auch die Leistungen für die evangelische Kirche angenommen werden.

Die Einstellung für die Besoldungssatzschüsse an die evangelischen Geistlichen von 1.355.550 RM. wurde auf 350.000 RM. herabgesetzt. Abgelehnt wurde auch die Einstellung von 500.000 RM. im außerordentlichen Haushaltplan als erste Rate für die Erfüllung des Vertrages zur Abtötung der Staatsleistungen an die evangelische Kirche.

Die Abstimmung über das Kapitel Staatstheater und Kunstmuseum wurde abermals zurückgestellt. Bei der Abstimmung über die Ets der sächsischen Hochschulen wurde die Aufhebung der Fachhochschule Tharandt, die von den Sozialdemokraten beantragt worden war, abgelehnt. Der Landtag nahm einstimmig einen Antrag an, daß die Kollegialgelder herabgesetzt werden sollen, sprach sich aber dafür aus, daß die Frage der Kollegialgelder und der Bezüge aus Kollegialgeldern im ganzen Reich einheitlich geregelt werden sollen.

Im übrigen beschäftigte sich der Landtag noch in längerer Aussprache mit der Tarifpolitik der A.-G. Sächsische Werke. — Bei Schluß der Redaktion dauerter die Verhandlungen fort.

Es könnte als geradezu grotesk erscheinen, daß ausgerechnet der Sachsenische Landtag die Staatsleistungen für die katholische Kirche bewilligt, während er die für die protestantische Kirche ablehnt. Es wäre aber ein wenig verfehlt, aus diesem merkwürdigen Sachverhalt auf eine besondere Katholikenfreundlichkeit dieses Landtages zu schließen. Der Grund ist einfach vielmehr der, daß die Leistungen für die katholische Kirche, zu denen der Staat ohwig rechtlich verpflichtet ist, so geringfügig sind, daß ernsthafte Einwendungen dagegen höchstens von Seiten der Kommunisten erhoben werden können. Die Leistungen für die evangelische Kirche dagegen sind bekanntlich nicht unerheblich. Der Anspruch der katholischen Kirche auf bessere Regelung der staatlichen Leistungen bleibt durch diesen Landtagsbeschluß selbstverständlich unberührt.

Die Montags-Sitzung

Um die Staatsleistungen an die Kirchen — Die Regierung gegen parteipolitische Belästigung der Studenten

Im Sachsenischen Landtag wurde am Montag nach den Abstimmungen zum Polizei-Etat, über die wir schon berichteten, das Kapitel

Staatsleistungen für die ev.-luth. Landeskirche und katholisch-geistliche Behörden

beraten. Abg. Sieger (Dnat.) berichtete für den Haushaltsausschuß I, über dessen Verhandlungen über das Kapitel. Bekanntlich will die Mehrheit des Ausschusses die Einstellung ablehnen. In Entschließungsanträgen werden Angaben über die Vermögenslage der Kirche gefordert. Der Berichterstatter geht auf die bekannten Verhältnisse wegen der juristischen Seite der Angelegenheit und des noch immer nicht verabschiedeten Vertrages über die vorläufige Abstellung der Staatsleistungen an die Kirche ein.

Abg. Claus (Staatsp.) hielt die Staatsleistungen an die Kirche für zu hoch. — Abg. Renner (Kom.) war grundsätzlich gegen jede Leistung an die Kirche. — Abg. D. Hirschmann (D. Ap.) sagte, daß die Staatsverträge mit der Kirche, wenn eine Erhöhung des Volkes vermieden werden sollte, so abgeschlossen werden müßten, wie es dem Gedanken eines nationalen Staates und des christlichen Ethos entspreche. — Abg.

Neu (Soz.) warf der ev. Kirche Liebäugelei mit dem Nationalsozialismus vor.

Ministerialdirektor Woelcke erklärte im Namen der Regierung, daß der Vorwurf, der Staat habe die Interessen der Kirche einseitig zu Gunsten des Staates bevorzugt, nicht zutreffe. Der Staat habe sich streng nach den Beschlüssen des Landtages und nach den Schiedsentscheiden gerichtet. Es sei zweifelhaft, ob die Auseinandersetzungen durch die Forderung an die Kirche, über ihre Ansprüche genauso statthaftliche Nachweise beizubringen, gesodert werde.

Abg. Tögel (Dnat.) betonte, die St. der Kirche übertrasse die des Staates. Beide Vertragspartner hätten aus ideellen und materiellen Gründen ein Interesse daran, den Weg eines Rechtsstreites zu vermeiden. — Vizepräsident Breitschneider gab bekannt, daß in dieser Sitzung keine Abstimmungen mehr stattfinden würden.

Die Abstimmung über die Kapitel beide Staatsleistungen an die Kirche wurde auf Dienstag verschoben. Von der Beratung abgesehen wurde die zweite Beratung über das Kapitel „Katholisch-geistliche Behörden und sonstige katholische Kultus-zwecke“.

Es folgte die zweite Beratung über das Kapitel „Kunst zwische“. Die Anträge des Haushaltsausschusses hierzu begründete Abg. Sindermann (Kom.).

Innenminister Richter

gab eine Erklärung ab, in der er u. a. ausführte, es sei beabsichtigt, an Stelle des bisherigen Zweckverbandes Sächsische Landeskirche ein neues Unternehmen, nämlich eine G. m. b. H. Sächsische Landeskirche zu gründen, an der als Gesellschafter die bisherigen Mitglieder, weitere Gemeinden, die Beliehnerorganisationen und der Staat teilnehmen sollen. Der Gründung hätten sich noch Schwierigkeiten entgegengestellt, da verschiedene Gemeinden eine ablehnende und ablehnende Haltung einnahmen. Der Staat werde sich nur beteiligen, wenn die Leistungsfähigkeit des Unternehmens feststeht. — Beziiglich des Freitümels bei der Akademie der bildenden Künste erklärte der Minister, daß man mit einem Staatszuschuß von 2500 M. also der Hälfte der vom Ausschuss vorgeschlagenen Summe, auskommen könnte und müsse. — Die Abstimmung über das Kapitel erfolgt am Dienstag.

Abg. Siegel (Kom.) begründete das Kapitel „Bergrakademie zu Freiberg“. Er trat für Reduzierung der Professorenzahl an der Akademie ein.

Finanzminister Dr. Hedrich

trat für die volle Erhaltung der Akademie auf ihrem gegenwärtigen Stande ein. Die Akademie sei nicht nur für die Vergnügungen, sondern vor allem auch für die Forschertätigkeit von der größten Bedeutung.

Abg. Liebmann (Soz.) begründete die Anträge des Haushaltsausschusses II zum Elaphilosophie Leipzig. — Abg. Sindermann (D. Ap.) gab die Begründung zum Kapitel „Technische Hochschule Dresden“. Anschließend wurde von Abg. Geller (Soz.) eine Anfrage seiner Partei wegen des Beitritts der „Leipziger Studentenschaft“ zur „Deutschen Studentenschaft“ begründet.

Ministerpräsident Schleck

gab eine Reihe von Erklärungen ab, in denen er u. a. sagte, die Regierung werde keine parteipolitische Belästigung in den Hochschulen dulden. Wenn die „Deutsche Studentenschaft“ sich parteipolitisch nicht völlig neutral verhalte, werde der Rektor der Leipziger Universität gegen die Zugehörigkeit der „Leipziger Studentenschaft“ zur „Deutschen Studentenschaft“ einschreiten. Die Schaffung neuer Lehrstühle könne aus Sparmaßnahmen kaum in Frage kommen. Der Reduzierung der Lehrstühle an der theologischen Fakultät der Universität Leipzig könne die Regierung nicht zustimmen. An der katholischen Hochschule in Tharandt würden einige Lehrstühle nicht wieder besetzt werden.

Die übrigen Punkte der Tageordnung (Landwirtschaft, Veterinärwesen, Luftfahrtwesen) wurden abgelehnt und sollen am Mittwoch mit behandelt werden.

Keine Herabsetzung der Notendefinitionsgrenze

Von der Reichsbank wird über die am Sonntag abgehaltene Generalsitzung, an der die Mitglieder des Generalrates von Niemeyer, Louis Hagen, Ulrich Müller-Dörringhausen teilnahmen und zu der vom Reichsbankdirektorium neben dem Reichsbankpräsidenten Dr. Luther Reichsbankschef Dreyse und Direktor Voigt zugegen waren, folgende Mitteilung ausgegeben:

„Dem Generalrat der Reichsbank wurde vom Reichsbankpräsidenten über die gegenwärtige Lage, über die getroffenen und die in Aussicht genommenen Maßnahmen berichtet. Der Generalrat hat den Bericht des Reichsbankpräsidenten zustimmend entgegengenommen. Anträge auf Herabsetzung der Notendefinitionsgrenze lagen nicht vor.“

Weiter erfahren wir, daß ein Antrag auf Verlängerung des 100-Millionen-Dollar-Kredits noch nicht gestellt worden ist. Dagegen soll der Betriebskredit der Deutschen Gold- und Ausgleichsbank bei der International Acceptance Bank in Höhe von 50 Millionen Dollar in Anspruch genommen werden, um mit Hilfe dieses Devisenkredites eine Erleichterung des Reichsbankstatus herbeizuführen.

Neuer Konflikt Bolivien—Paraguay

Paris, 5. Juli. Wie Havas aus Asuncion meldet, ist der bolivianische Gesandte mit dem Personal seiner Gesandtschaft abgereist. Gleichzeitig hat die Regierung von Paraguay ihren Gesandten angezeigt, La Paz zu verlassen. Der Bruch, den das erneute Aufladen des Streits um das Gran-Chaco-Gebiet befürchtetlich, ist vollzogen.

Wetterbericht der Dresdner Wetterwarte

Witterungsaussichten. Wahrscheinlich noch heute Dienstag und in der Nacht zum Mittwoch Gewitter und damit verbundene sowie anschließende Regensäfte. Wohlühlung, Übergang zu Winden aus westlichen Richtungen, zeitweise aufrissend.

gewohnt als die „chinesische Rote Armee“ bezeichnet werden, zu erkennen. Zum Teil scheinen das gewöhnliche Räuberbanden zu sein, deren Zahl infolge des Bürgerkriegs sehr groß ist und die zu einer wahren Plage des Landes geworden sind und nur mit dem modernen Wort Kommunismus ihre Räuberaktivität bekräftigen. Zum Teil aber sind unter diesen Banden in der Tat kommunistische Elemente tätig, welche das Elend der chinesischen Volksmassen in Dorf und Stadt zu ihren politischen Zwecken auszunutzen suchen. In der Nationalversammlung, welche zu Rankang im Mai tagte, erstaute der Kriegsminister Ho Ying-ching, der zugleich Oberbefehlshaber der Kräfte, die zur Unterdrückung des „roten“ Räuberbewegungen in den Provinzen Hunan, Hupeh und Kiangsi mobil gemacht wurden, ein Bericht über die Tätigkeit der „roten“ Bandenbanden. Dieser Bericht zufolge leidet die Bevölkerung unter der Tätigkeit dieser Banden ganz außerordentlich. In der Provinz Kiangsi allein sollen nicht weniger als 186.000 Menschen erschlagen und mehr als 210.000 geworfen worden sein, ihre Wohnsitze zu verlassen, mehr als 100.000 Häuser sollen verbrannt und Eigentum im Wert von etwa 650 Millionen Silberdollar zerstört worden sein. In der Provinz Hunan sollen 72.000 Menschen ermordet, 120.000 Häuser verbrannt und Eigentum im Wert von 300 Millionen Silberdollar vernichtet worden sein. Auch in anderen Gebieten des Reiches seien die Leidenschaften der Bevölkerung außerordentlich hoch gewesen.

Dort, wo die „Roten“ die Macht ergreifen, seien sie einen Auszugs ein, der als Auszugs für „Ausrottung der Reaktionäre“ bezeichnet wird und dessen Aufgabe es ist, Landeigentümer, Kaufleute, Regierungsbeamte usw. zu bestrafen oder zu vernichten. Bemächtigen sich die „Roten“ einer Stadt, so werden die als Reaktionäre angesehenen Personen verhaftet und den Anweisungen des roten „Finanzausschusses“ zufolge mit riesigen Geldstrafen belegt. Diesen sie das verlangte Geld nicht, so werden sie erschossen. Ferner wird die Bevölkerung gezwungen, in kommunistische Organisationen einzutreten. Personen zwischen 16 und 23 Jahren werden in die „Jugendvorhut“ gepreist, die zwischen 23 und 40 Jahre in die „rote Garde“. Das Privateigentum von Gütekonsignen, Kaufleuten usw. wird beschlagnahmt, die Arbeiter werden veranlaßt, Erhöhung der Löhne, Verkürzung der Arbeitszeit usw. zu verlangen. Die an Zahl größten kommunistischen Truppen stehen unter der Führung von Chu Teh und Mao Tse-tung. Diese beiden kommunistischen Generale sollen über ein Heer von etwa 50.000 Gewehren verfügen. Außer diesen größten roten Truppen gibt es noch zahlreiche andere kleinere, deren Stärke in den verschiedenen Gegenden zwischen einigen hundert bis einigen tausend schwankt.

Die Rankangregierung hat in den letzten Monaten große Kräfte gegen diese außständische Bewegung, welche von den Kommunisten jedenfalls stark beeinflußt wird, ins Feld geschickt, im ganzen sollen nach einem Bericht der Times bis zu 200.000 Mann mobil gemacht werden. Die bisher erzielten Erfolge bleiben allerdings hinter den Erwartungen zurück, die Roten führen einen Guerrilkrieg, verschwinden beim Herannahen der Truppen und kehren wieder, wenn die Truppen abgezogen sind. Jetzt nun, da Rankang gezwungen ist, seine Kräfte auf den Kampf gegen die in Kanton entstandene Nebenregierung zu konzentrieren, muß der Druck gegen die Rote Armee selbstverständlich nachlassen, und die hinter den chinesischen Kommunisten stehende III. Internationale bereitet sich vor, wie aus der Moskauer Presse ersichtlich ist, die Rolle des „Tertius Gaudens“ zu spielen. J. L.

Frankösische Kommentare

Paris, 8. Juli.

Zur Ehre der französischen Presse kann festgestellt werden, daß das noch lange Zeitläng der Regierung Daladier um die Errichtung des Hoover-Plans auch von einigen französischen Bütttern so gekennzeichnet wird, wie es das verdient. So schreibt Bertrand Blatt „La Vie à l'heure“: Nach zweiwöchigem Geilen und Handeln hat Marianne endlich den Vorschlag Uncle Sams zugestimmt, mit der verärgerten Miene einer Valeria auf den Amerikaner, die an einem Strick ihre Kuh auf den Markt geführt hat und noch abgeschlossenes Handel untröstlich ist, weil der Käufer ihr nicht auch noch den Strick bezahlt hat. — Volonté mahnt die französische Regierung: Deutschland hat versprochen, daß es seine Rüstungen während eines Jahres nicht herausziehen wird. Unser Interesse wird es sein, wenn man mit einem gleichlautenden Versprechen antworten wird. Alles übrig wird von selbst folgen.

„Le Républicain“ erklärt: Wir können uns zu einem derartigen Ergebnis nur beglückwünschen. Ein Abbruch würde das Signal zur allgemeinen Unordnung gewesen sein. Hoovers Vorschlag stellt vor einigen Tagen in Ergänzung der Rundfunkrede Brünings lautet wie folgt:

„Im Hinblick auf die in einigen Kreisen ausgetauschten Verhandlungen, die im deutschen Haushalt durch den Ertrag der Reparationszahlungen freiwerdenden Summen können für eine Vermehrung der Rüstungen Verwendung finden, stellt ich fest, daß eine Erhöhung des Aufwendungen für Heer und Flotte während des Feiertahrs weder je befürchtigt war, noch befürchtend wird. Die gesamten Erleichterungen, die der Hooverplan Deutschland bringen wird, werden zur Deckung der zu erwartenden Einnahmeausfälle, zur Konsolidierung der finanziellen Verhältnisse und zur Rettung der deutschen Wirtschaft benötigt und veranlaßt werden.“

Der außenpolitische Mitarbeiter des „Matin“, Sauerwein,

hat im Zusammenhang mit diesen Neuheiten Brünings — es handelt sich, wie hervorgehoben werden muß, nicht um eine Note — Mitteilungen gemacht, die aus politische Verhandlungen Frankreichs hinauslaufen. Von zuständiger Stelle in Berlin wird hierzu erklärt, daß die Neuheiten Brünings gegenüber dem amerikanischen Botschafter selbstverständlich nicht nur für Amerika, sondern auch für alle übrigen Länder Geltung haben. Aus diesem Grunde sei es völlig unverständlich, wenn die Franzosen eine entsprechende Versicherung auch für sich wünschen. Für Deutschland lämen in Übereinkunft mit Washington natürlich keine politischen Verhandlungen in Frage. Es könnte auch keine Rede davon sein, wie das in verschiedenen französischen Meldungen, insbesondere von der halbamericainen Agentur Havas behauptet worden ist, daß in der Sitzung des Reichskabinetts am Sonnabend diese Frage zur Verhandlung gestanden habe, noch viel weniger, daß sich die Reichsregierung wegen der Zollunion bereits mit der Wiener Regierung auseinandergesetzt habe. Das Reichskabinett habe sich am Sonnabend lediglich mit der allgemeinen Wirtschafts- und Finanzlage beschäftigt. In diesem Zusammenhang wird weiter betont, daß Demarken irgendwelcher Art, weder in Berlin noch in anderen Hauptstädten, unternommen seien.

Was Brünning erklärt hat

Washington, 5. Juli.

Das Staatsoberamt veröffentlicht ein Telegramm des amerikanischen Botschafters in Berlin, Sadett, in dem es heißt, Reichsminister Dr. Brünning habe zugesagt, den Betrag der ausgesetzten Schuldenzahlungen nicht für Rüstungszwecke, sondern in seiner ganzen Höhe zur Auseinandersetzung des Reichshaushalts zu verwenden.

Dr. Brünning erklärt über die Nichtverwendung der gesetzten Beträge für Rüstungen erstmals in hiesigen amtlichen Kreisen große Befriedigung. Man nimmt an, daß dadurch in Verbindung mit der theoretischen Einzahlung des unauslösch-

Das neue Landesfinanzamt

Vor der Übergabe

Dresden, 7. Juli.

Der Neubau des Landesfinanzamtes, der am Elbufer zwischen dem Fernheizwerk und den städtischen Speicheranlagen errichtet worden ist, wird in diesen Tagen seiner Bestimmung übergeben werden. Einzelne Abteilungen des bisher in fünf Dienstgebäuden untergebrachten Landesfinanzamtes haben das neue Gebäude bereits bezogen.

Der Landesfinanzamtsneubau zeigt folgende Anordnung: An der Kleinen Packhofstraße das Vogerhaus I (vornehmlich Zobelspeicher); an der Elbe das aufgestockte alte Zollamtgebäude (Dorentienstraße 6), im weiteren Elbstügel genannt, beide verbunden durch einen neuen Zwischenbau; längs der neu anzulegenden Promenadenstraße und der Dorentienstraße der Neubau, der das Rechteck schließt, das an der Kreuzung beider Straßen einen Turmbau und im Hof einen Parallelflügel zur Dorentienstraße besitzt. Für die

Äußere Baugestaltung

war im Hinblick auf die anstoßenden Vogerhäuser, aber auch im Interesse der Bauhöfen eine neuzeitliche, schlichte Bauausführung von vornherein nur möglich. Eine besondere Betonung erhält der Bau durch den

achtgeschossigen Turm.

In demselben liegt der durch das 1. und 2. Obergeschoß geführte große Sitzungssaal. Schlanke Fenster betonen den Saalraum. An den Fensterböschungen stehen sechs Figuren in doppelter Lebensgröße, welche die verschiedenen Erwerbszweige darstellen: Handel von Kunstdräger Kupisch, Industrie von Berger, Schiffahrt von Krebsmar, Weißes Arbeit von Eichler, Landwirtschaft von Lippert, Landwirtschaft von Kupisch. Über der obersten Fensterreihe schmückt den Turm ein schwebender Adler (von Kunstdräger Krebsmar), den Reichsbau kennzeichnend. Zur Verlebung der langen Südfront sind in den Achsen der drei Eingänge nach Südwesten geschnückte Stagelinge angebracht, die vom Kunstdräger Vöhlert stammen. Im übrigen ist der Bau durchaus schlicht, allenfalls mit Granitsockeln und mit Granitfensterumrahmungen an den Stufenfeldern ausgeführt und mit einladend, geprägtem hydraulischen Mörtel gehalten. Das Dach ist nicht, wie bei den meisten Bauten moderner Richtung, völlig flach, sondern mit 30 Grad Dachneigung durchgeführt und mit Kupfer gedeckt. Der städtebauliche Wert dieser Gedanken wird allerdings erst in späterer Zeit hervortreten. — Auch die

Innere Ausstattung des Baues

Ist sachlich-schlicht. Nur der große und der kleine Sitzungsraum sowie die geräumige Vorhalle treten aus dieser Einfachheit hervor. Der große Sitzungsraum erhält Holzbretter und besseren Wandbehang, der kleine Sitzungsraum hölzerne Wandverkleidung und Stuckdecke. Die Vorhalle ist architektonisch durch Säulen und umlaufende Korridore beherrscht; sie erhält Trauerlinienfußbodenbelag, der von der Weltausstellung in Barcelona (Deutsches Haus) stammt und der Bauleitung kostenlos überlassen wurde, ferner leicht farbige Fensterglasur und einfache Geländer besserer Ausführung. Die Treppen sind in Stahlbeton ausgeführt; die beiden Haupttreppen erhalten den vorerwähnten Trauerlinienbelag, die Nebentreppen Linoleumbelag.

Das Erdgeschoß enthält im Südflügel die Oberfinanzkasse, angrenzend an das Vogerhaus I, und im Hofflügel die Abrechnungsstelle des Hauptzollamtes Dresden-A. und im Mittelbau das Ein- und Abgangsbüro des Landesfinanzamtes. Das 1. Obergeschoß steht zur Verfügung des Präsidiums, im Elbstügel ist das Hauptzollamt Dresden-A. untergebracht. Im 2. Obergeschoß liegen im Südflügel, anfänglich an das Vogerhaus I, die Präsidialgruppe Bau und die Abteilung II (Zölle und Verbrauchsabgaben), im Ostflügel die Abteilung I (Weiß- und Verbrauchsteuern) und im Elbstügel das mehrgarngene Hauptzollamt mit Dienstwohnungen. Das 3. Obergeschoß enthält im Ostflügel das Finanzgericht und, noch auf den Elbstügel übergreifend, den Rest der Abteilung I. Der übrige Teil des 3. Geschoßes, das 4. und das 5. (Turm-)Geschoß beherbergen die Technische Prüfungs- und Lehreanstalt der Reichszollverwaltung. Im 6. (Turm-)Geschoß

Tilman Riemenschneider

Ein Nachwort zu seinem 100. Todestag am 4. Juli.

Nur das ist von Dauer in der Kunst, was über alle historischen Werte und Erinnerungen hinaus durch seinen Geist lebendig wirksam sein kann und gegenwärtig. Wohl geht der Streit darum, was eigentlich Tradition sei für künstlerische Kunst? Ob es die äußere Formulierung ist — also irgendwie „Stil“ —, oder ob der geistige Inhalt, die seelische Einstellung des Künstlers zum Glauben diese Tradition aussmacht, die uns Beispiel bleiben mög. Es fällt nicht schwer, klar zu entscheiden, daß es tatsächlich nur der Geist ist, der uns leiten kann. Jeder Geist, der gleich geblieben ist, ob man nun zu seiner Verwirklichung romantische, gotische oder barocke Formen anwandte. Der auch gleich bleiben wird und muss, wenn man im Geiste unseres Jahrhunderts für die Kirche künstlerisch schafft. Was aber Tilman Riemenschneider unserer Zeit von seinem Geist noch geben kann, das sei in einigen kurzen Worten bei seinem 400. Todestag gesagt.

Es ist notwendiger, diese geistigen Güter wachzuhalten, als allzuviel an historischen, familiären Auffassungen zu halten, die das Leben eines Künstlers ausfüllen. Das ist auch bei Riemenschneider so, obwohl sein Leben recht unspektakulär und schmerzvoll verliefen ist, was ja anlässlich jener sehr bedeutenden Würzburger Gedächtnisausstellung eingehend dargelegt wurde. Drei Frauen verlor er in der verhältnismäßig kurzen Dauer seines Lebens, das geladen war auch von Spannungen revolutionärer Art. Riemenschneider war aus dem Harz nach Würzburg gewandert, dort ansässig geworden, mit Ratsherrenbürgern befreundet; dennoch, als Gott von Berlichingen und Florian Geyer marschierten, sympathisierte er darunter mit diesen, daß er ins Gefängnis kam, beinahe hingerichtet wurde und nur mit Mühe ein paar Jahre vollziger Zurückgezogenheit am Ende seines Lebens in Freiheit erlangte.

Was bedeuted uns Riemenschneiders Kunst heute? Vielleicht fühlt man am besten davon: wenn man eines seiner

Gebäude ist die Bücherei mit Leseraum untergebracht. Sämtliche Räume wirken in ihrer Schlichtheit doch hell und freundlich.

Bis zur reiflichen Unterbringung der gesamten Beamtenchaft wird aber noch genaue Zeit vergehen, da größere Teile des Neubaus für die Umbewegung noch auszuhauen sind. Im Anschluß daran wird noch der Abriss des Gebäudes jenseits Dorentienstraße 4 durch den jüdischen Staat und die Anlegung der am Ostflügel des Neubaus geplanten Promenadenstraße durch die Stadt Dresden erfolgen; erst nach Durchführung dieser Arbeiten wird die gesamte Neubauanlage fertiggestellt sein, was im nächsten Jahre zu erwarten ist.

Gegen 3½ Jahre hat man an der einheitlichen Gestaltung des Packhofviertels gearbeitet, das nunmehr mit der Vollendung des Landesfinanzamtes ein großstädtisches Gelebt erhalten hat. Vielen Arbeitern, Handwerkern und Künstlern hat der Bau während dieser Zeit Brot und Eiweiß gegeben. Dresden gehört nunmehr zu den fünf Zentralstädten (Berlin, Hamburg, München und Köln) der am einflößenden Hafen das Wöhren seines Anteiles nun leichter wird, bleibt eine andere Frage.

Sachsen und der Reichswasserstraßenamt

Die Übernahme des Reichswasserstraßenamtes in Staatsdienst.

(A) Der Landtag hat am 8. Juli 1931 die Regierung zur Übernahme des auf Sachsen entfallenden Teiles des am 31. März 1931 aufgelösten Reichswasserstraßenamtes mit rückwirkender Kraft vom 1. April 1931 ab ermächtigt. Die in den sächsischen Staatsdienst zu übernehmenden Beamten bilden die Landespolizei-Abteilung Dresden (Wasserstraßen) und über außer den Landespolizei-Abteilungen innerhalb des Landesgebietes, den Wasserstraßen im Bereich der Elbe aus. Die Abteilung untersteht der Amtschaupolizei Dresden auch außerhalb des amtschaupolizeilichen Bezirkes verstreut.

Man muß dem Präsidenten des Landesfinanzamtes, Dr. Böhme, der der Presse am Montag Gelegenheit gegeben hatte, den Bau zu besichtigen, zustimmen, daß eine Zentralisierung des Landesfinanzamtes, das zeitweise an acht verschiedene Stellen untergebracht war, notwendig war. Ob dem armen Steuerzahler aber angesichts des einflößenden Hauses des Wöhren seines Anteiles nun leichter wird, bleibt eine andere Frage.

Ferien im Stadtparlament

Wahl von zwei Stadträten — Künftige Ausstellungspolitik

Dresden, 6. Juli.

Die letzte Sitzung der Stadtratsordneten vor den Ferien sollte sich mit der Wahl von 2 Stadträten beschäftigen. Der Rat hatte dazu aufgefordert, da dienstliche Interessen die Beziehung der Stellen erforderten. Die Nationalsozialisten brachten trotzdem den Antrag ein, nur den Stadtrat Dr. Fischer (D. P.) wieder zu wählen. — Am 21. Juni 1931 wurde dann mit 61 Stimmen wieder gewählt; 5 Stimmen entfielen wieder auf den Stadtrat Schneider, außerdem wurden 4 weiße Stimmzettel abgegeben (annehmbare von den Nationalsozialisten). — Nun ist in der Rechtspreche schon verbreitet worden, daß nunmehr ein roter Stadtrat das Schulamt leiten werde und daß damit der Sozialrat allerhand blühen würde! (Die „Dresdner Nachrichten“ deinen in ihrem Stadtratsbericht vom 21. Juni 1931 erneut die falsche Behauptung.) Diese Behauptungen entbehren jedes Grundlage! Das Schulamt steht unter der Leitung des Stadtrats Dr. Redder, der es auch weiter behalten wird! Eine Verwaltung dieses Amtes durch Stadtrat Kirchhof kommt gar nicht in Frage!

Der Verlauf der Sitzung.

Auf eine kurze Anfrage, warum die Beratungen mit Vertretern des Funkvereins Dresden, des Arbeiter-Radio-Vereins, der Oberpostdirektion, der Mitteldeutschen Rundfunk-A.G. und der Stadt wegen

Befestigung der Rundfunkstörungen

noch nicht erfolgen, wird eine Antwort des Rates verlesen, in der es heißt:

„Die Aufnahme der angeregten Verhandlungen ist seinerzeit zurückgestellt worden im Hinblick darauf, daß in gleicher Angelegenheit bereits zwischen den Dresdner Überland-Verkehr G.m.b.H. und der Reichs-Rundfunk-Gesellschaft verhandelt wurde. Diese Verhandlungen hatten sich zunächst verschlagen, nachdem die Reichs-Rundfunk-Gesellschaft einen Vergleichsvortrag der Dresdner Überland-Verkehr G.m.b.H. abgelehnt hatte. Sie sind aber inzwischen wieder aufgenommen worden, und in ihrem Verlaufe hat am 12. Juni d. J. zwischen den Beteiligten eine Vereinbarung bei der Oberpostdirektion Dresden stattgefunden. Dabei wurde in Aussicht genommen, das gesamte Störproblem in einer bald anzuberaumenden Verhandlung gemeinsam zu besprechen, wozu auch wir mit zugezogen werden sollen. Es ist zu erwarten, daß die gemeinsame Vereinbarung noch in der ersten Hälfte dieses Monats stattfindet.“

Künftige Ausstellungen.

Rechtsräger und Veranstalter der Jahresausstellung in Dresden ist bekanntlich seit 1921 der Verein zur Veranstaltung

der Kopf zu groß im Verhältnis zum Körper ist. Aber erst durch die Freiheit der Gestaltung ist dies Werk so über das Sichtbare, über das Zeitliche hinausgewachsen, daß es ewige, unerschöpfliche Werte zum Bild werden lassen konnte.

Jene drei Dinge aber: Geist als Schönheit, Wahrheit in der Charakteristik und Freiheit in der Gestaltung möchte ich der religiösen Kunst vom heute vorhalten. Vielleicht enthält diese Kunst Riemenschneiders auch damit das, was man unter jenseitigem angelegten Tradition wahrhaftiger religiöser Kunst zu verstehen hat.“

Dr. Willy Oser.

Ein unbekannter Beigeschweif Goethes. — Auf Goethes Beziehungen zu dem Göttinger Historiker Georg Sartorius, die wegen der Leidenschaftlichkeit der bis dahin bekannten Gedanken zu diesem Gelehrten wenig beachtet worden waren, lenkte vor einigen Jahren die überausdrückende Entdeckung von fünfzehn völlig unbekannten Briefen Goethes an Sartorius auf die Aufmerksamkeit. Die damals aus manchen Gründen noch nicht geführte Veröffentlichung des Fundes ist jetzt erfolgt; bei dem in dieser Notzeit auch sonst vielfach verdienten Verlag der großen Sophien-Ausgabe, Dr. Höhlaus Nachl. in Weimar, gibt die Entdeckerin, Else von Monzon (Schwerin), die Briefe zusammen mit den schon früher gedruckten 31 Briefen Goethes an Sartorius und den in Goethe- und Schiller-Archiv aufbewahrten, nun gleichfalls zum ersten Male allgemein zugänglich gemacht; ebenso ist eine fiktiv völlig neuen Briefes ausgetauscht, der unter den Korrespondenzen Goethes keinen geringen Rang einnimmt und, da sich darin das große Weltgeschehen der Jahre 1901-25 vielseitig spiegelt, auch als Quellwert Bedeutung besitzt. Von den Männern, die Goethe in seinem Alter nahestanden, ist Sartorius, dem auch seine begleitete Sonntagszeitung hat, einer der bedeutendsten; er ist älter und reicher als Meyer, feinmärriger und komplizierter als Zeller, eine Natur von leidenschaftlicher Aktivität, der freilich trotz Goethes Förderung die Bedeutung in der praktischen Politik verloren hat. Mit ihrer anmutigen Fröhlichkeit, unter des Dr. Tieferes dirigiert, läßt sich seine Frau Caroline dem Besucher der Männer als willkommene Dreiecke — mit der lieben kleinen „Frau“ wechselt Goethe Gelächter und hört auf ihr Urteil über seine Werke.

Notizen

Hohe Pensionen auch in Sachsen.

Die "Dresdner Arbeiterstimme" macht interessante Mitteilungen über die großen Pensionen und Übergangsgelder, die der sächsische Staat zu zahlen hat. So erhalten u. a. Minister a. D. Graf Böhnhum 1952 RM. monatlich, Minister a. D. von Beck 1896 RM., Minister a. D. von Nostitz-Wallwitz 1619 RM., Ministerpräsident a. D. Heldt 1133, Minister a. D. Krug von Ridda 1763 RM., Bünger 1388 RM., Glauner 1135 RM., Dr. Sennert 1742 und der Mittelstandsvertreter Finanzminister a. D. Weber, der einst so sehr gegen die hohen Beamtpensionen und Gehälter witterte, monatlich 1763 RM.! Bei Dr. Sennert fiel dafür sein Gehalt als Professor an der Dresdner Technischen Hochschule fort, und bei Bünger wird wohl jetzt anlässlich seiner Ernennung zum Senatspräsidenten beim Reichsgericht die sächsische Pension höflich ruhen. Auch sonst gibt es noch recht hohe Ruhegehalter. So erhalten Ministerialdirektor a. D. Dr. von Pflugk 1178 RM., Ministerialdirektor Dr. Lessing sogar 1248 RM., Gefandter von Ariesen 1043 RM., der Präsident des Evangelisch-Lutherischen Landeskonsistoriums Dr. Böhme 1043 Reichsmark usw.

Nan darf hoffen, daß die sächsische Regierung diesen Pensionären, soweit sie nicht schon eine genügende Kürzung auf Grund der neuen Polverordnung auf sich nehmen müssen, einen ähnlichen Entschreibebefreiung wird, wie das Reichsarbeitsministerium es für die Reichspensionäre mit hohen Ruhegehaltern angekündigt hat. Die Last der Ruhegehalter in Sachsen ist geradezu ungeheuer, sind doch im Staatshaushaltplan für 1931 nicht weniger als 64325000 für Ruhegehalter vorgesehen bei einer Gesamtausgabe von 401 Mill. RM., so daß also jede Macht, die der Staat ausgibt, für Ruhegehalter draufgeht!

Beprüfte Schweinewärter.

Das sächsische Wirtschaftsministerium leistet fabelhafte Arbeit im Dienst des Wiederaufbaus und der Zukunft unseres Vaterlands. Nachdem es kürzlich eine Melcherprüfung eingeholt hat, erläutert es jetzt Vorschriften über Prüfungen für Schweinewärter und Schweinemäster! Zwei Seiten lang kann man sich an diesem Erlass, dessen Dringlichkeit wie in unserem beschränkten Verstande nicht einsehen, ergötzen. Der Künstler, der den schönen Titel "Schweinewärter" tragen will, muß genau brüntige Sauen erkennen, trächtige Sauen und später ihre Jertke pflegen und füttern, die Schweine wagen können usw.

Zimmerin buchen wir es als positive Leistung, daß das sächsische Wirtschaftsministerium für die Schweinewärter-Anwärter nicht das Abiturium als Voraussetzung für die Zulassung zur Prüfung verlangt.

Ordinär ist schick.

Den ersten Literaturpreis, der für Frauen zur Verteilung kam, hat Käte Biehl für einen Roman erhalten, der den ins Auge fallenden Titel trägt: "Arma ist ordinär". Alfred Döblin, der die Preisverteilung in Berlin mit einer seiner unumgänglichen Reden begleitete, hat ihr und der zweiten Preisrichterin Elisabeth Langmüller, ausführlich bedeutet, daß sie keineswegs die Einbildung annehmen sollten, sie hätten große Literatur geschrieben. Käte Biehl zum Beispiel hätte den Preis lediglich für die "eroticische Jüngellosigkeit" ihrer Darlegung erhalten. Ihre Art sei gewissermaßen symptomatisch für die Einstellung der aufflammenden schreibenden Frauengeneration.

Wie wiederholen, es handelt sich um den ersten literarischen Preis, der überhaupt in Deutschland für Frauen ausgeschrieben wurde. Der Stifter ist der deutsche Staatsbürgerinnen-Verband (Allgemeiner Deutscher Frauenverein). Das Preisgericht sieht sich zusammen aus: Alice Berend, Berthold Bäumer, Alfred Döblin, Rudolf Kastner, Anna Seidel. Diese Damen und Herren haben also den ersten Preis der erotischen Jüngellosigkeit zugeteilt. "Arma ist ordinär" erhielt den Vorber, und es wurde als symptomatisch für die austreibende schreibende Frauengeneration bezeichnet, daß man "erotisch jüngellos", also im Sinne von Käte Biehl „ordinär“ sei. Ordinär ist schick, ordinär ist große Mode, ordinär wird mit ersten Preisen ausgezeichnet. — Was sagen die deutschen Frauen dazu?

In dem Militäokino in Nowo in Wolhynien brach am Freitag während einer Kinovorstellung im Vorführungsraum ein Feuer aus. Unter den Anwesenden brach eine Bank aus. Viele Soldaten sprangen aus dem Fenster auf die Straße, wo bei mehrere schwer verletzt wurden. Fünf Männer mußten in lebensgefährlichem Zustand ins Krankenhaus überführt werden. Der Operateur beging Selbstmord. In einem Schreiben erklärte er, er habe durch Unachtsamkeit das Feuer verursacht.

Die Person Christi

Anlässlich der 1500-Jahrfeier des Konzils von Ephesus.

Am zweiten Abend der Vortragsreihe dieses Semesters behandelte Studentenfürsorger Prof. Dr. Lehmann an S. 3. an der Leipziger Universität die Frage, wie wir uns die Personen des Heilandes vorzustellen haben. Sieht diese Frage auch augenblicklich nicht gerade im Mittelpunkte des Interesses, so röhrt sie doch an jene leichten Dinge und Probleme, die wegen ihrer Überzeitlichkeit dauernd eine eigene Bedeutung haben, und mit deren Lösung und Beantwortung ganze Welt- und Lebensanschauungen stehen und fallen.

Das wird schon dadurch bewiesen, daß gleich die ersten Konzilien unserer Kirche sich mit der Frage zu beschäftigen hatten: War Christus wirklich wahrer Gott und wahrer Mensch zugleich? Dieses Dogma stach wie so viele andere auf den menschlichen Verstand, weckte seinen Widerspruch und forderte den Nationalisten, den rein verstandesmäßig denkenden Menschen, auf, nach einer Erklärung für diese einzigartige Tatsache zu suchen, sich dieses Fazit "verständlich" zu machen. Und er versuchte es, indem er davon abließ, was er nicht verstand, und das wenige, das er davon vertrug, so lange dehnte und streckte, bis das Eigentliche und Wertvolle dabei verloren ging.

Solches Umgehen mit den Offenbarungen und Dogmen der hl. Schrift hatte nach dem Konzil von Nicæa vor allem das von Ephesus im Jahre 431 zu rügen und richtigzustellen. Drei Irrelehrer hatten sich beim Erwarten der Frage nach dem Gottmenschen Christus herausgebildet. Die Grossikter-Schulen sagten, Jesus habe nur zum Schein die Gestalt des Menschen angenommen, sei nur scheinbar ein Mensch gewesen (Doppelheit), und verneinten damit das Christentum als Erlösungsreligion. Denn aus ihrer Auffassung ergibt sich, daß Gott die Menschen lediglich belebt habe, etwas Scheinbares aber für sie gekreuzigt worden und gestorben sei. Nicæus hingegen ließ den Menschen gelten und leugnete das Göttliche an der Person Christi.

Da nun die beiden Wege nicht begangen werden konnten, ohne offen vom Dogma abzuweichen, wurde versucht, die göttliche und die menschliche Natur Christi verstandesmäßig zu iden-

Katholische Akademiker in Front

Gründung einer Ortsgruppe des Verbandes katholischer Akademiker in Chemnitz

Chemnitz. Schon des öfteren war der Wunsch ausgesprochen worden, die lebendigen Kräfte des katholischen Akademikerums von Chemnitz und Umgebung zu gegenseitiger Führung zu bringen und Anregung und zu planmäßiger Arbeit zusammenzuführen. Seit einiger Zeit waren deshalb eifrige Vorarbeiten im Gange, die da und dort im Chemnitzer Industriegebiet verstreuend wohnende Akademiker nachstrebten zu machen, um sie zu einem ersten Aussprachabend einzuladen.

Dieser Aussprachabend fand denn auch am 1. Juli, abends 8 Uhr im kleinen Saale des "Roten Hirsch" in Chemnitz statt. Herr Pfarrer Dr. Spettmann aus Alt-Chemnitz, dem es gelungen war, gleich für diesen ersten Abend den Generalsekretär des Katholischen Akademiker-Verbandes Deutschlands, Herrn Dr. Landmesser aus Köln zu einem Vortrag zu gewinnen, begrüßte die Erstkommenen und teilte mit, daß an ungefähr 60 Akademikern Einladungen ergangen seien. Sobald ergriff Herr Dr. Landmesser das Wort zu seinem Vortrage: Die Aufgaben der katholischen Intellektuellen in der Gegenwart. In rhetorisch glänzenden Ausführungen zeigte der Vortragende eine ungeheure Fülle der drängendsten Probleme auf, zu deren Lösung die katholischen Intellektuellen berufen und verpflichtet seien. Er ging aus von der vielfältigen und großen Isolation, in die der katholische Akademiker in den letzten Jahren hineingeraten,

wies auf die verschiedensten Gründe hin, die es zu diesem Verfestigen kommen ließen und forderte schließlich auf, in ernster und reicher Arbeit wieder zu einer wirklichen Führung zu gelangen; zu einer Führung, nach der in der augenscheinlich so schweren und verworrenen Zeit Taufende nicht nur katholischer Volksgenossen Auskunft halten. In diesem Zusammenhang zeichnete der Redner in großen Umrissen die wesentlichen Züge im Charakterbilde eines katholischen Wirtschaftlers, Politikers, Priesters, Bildungs-, Juristen, Arztes und Archäologen, die sich schulterstießend Gegenwart zu bieten vermogen.

Im Anschluß an den Vortrag fand die Gründung der Ortsgruppe Chemnitz im Verbande der katholischen Akademiker Deutschlands statt, zu der alle Anwesenden ihren Beitrag erklärten. Aus der Wahlwähler gingen folgende Herren hervor: Studentrat Dr. Nodé (Vorsitzender), Diplom-Handelslehrer Förster (Schriftführer), Dr. med. dent. Schleucker (Kassierer), Dr. Töpler-Gelenz und Diplom-Vandmäßlehrer Stühle-Limbach als Beisitzer und Dr. Spettmann, Pfarrer von Alt-Chemnitz, als geistlicher Beirat. — Erst gegen Mitternacht war die äußerst anregend verlaufene Versammlung beendet.

Besuch im „Braunen Haus“

Adolf Hitler hat in München einen "Staat im Staat" mit seinem "Braunen Haus" ausgerichtet. Eine Prätorianergarde schützt das "Herren- und Knechtlager". Vor wenigen Tagen erst war darüber im Bayerischen Landtag über diesen Antrag, den man bislang übergehen zu können annahm, eine heftige Debatte entstanden, und die Bayerische Staatsregierung hat inzwischen ein Verbot des "Wachstheims" vor dem "Braunen Haus" erlassen.

Als die "Stennes-Revolte" in Berlin ausbrach, hat der große Adel des "freigeborenen" Berliner SA-Männer zur "Belohnung" die hohe Ehre zuteilen werden lassen, daß sie auf diese Kosten eine Zeitlang das Wachkommando für das "Braune Haus" stellen durften. Das Stennesorgan, "Das Nationalsozialistische Montagsblatt" Nr. 19, bringt nun einen Bericht über die Eindrücke dieser SA-Männer, die sie vom "Braunen Haus" und dem Getriebe darin erlebten. Einzelne Stellen sind so ausschlagreich für die Charakterisierung des Hitlerreiches, daß wir sie wörtlich wiedergeben werden:

„... Vor dem Palast patrouillieren dauernd mehrere SA-Männer auf und ab. Diese SA-Männer werden von einer wöchentlich wechselnden Wache kommandiert. Dieser Wache wird aus den verschiedensten Stämmen zusammengestellt und bedient im allgemeinen eine Belohnung für die beteiligten SA-Männer. Daneben macht sich im Brauen Haus die sogenannte Gefechtwache, bestehend aus SS-Leuten, außerordentlich breit. Diese SS-Wache ist dauernd angestellt und wird hoch bezahlt.“

Jeder Neuankommende wird zunächst von der SS-Wache empfangen und nach seinen Wünschen gefragt. Gehört er zu den Prominenten, dann darf er den Brauen Palast durch den Eingang „Rue für Herrschäfer“ betreten. Das Volk darf nur durch Nebeneingänge in den Palast. Sowie er in den Palast eingetreten ist, wird der Neuankommende in die liebvolle Obhut der SS-Wache genommen. Unten im Haufe ist eine reiche, ganz mit Marmor ausgelegte Halle. Neben der Halle befinden sich im unteren Geschloß einige Räume, die so groß sind, daß man mittlich nicht weiß, wozu sie dienen. Angeblich wird in diesen Räumen gearbeitet. ... Besonders die Arbeitsräume der so manigfachen Reichsführer und Abteilungsleiter sind mehr als luxuriös eingerichtet. In allen Zimmern liegen dicke rote Teppiche und Läufer. Die Wände sind mit Edelholz ausgelegt und in jedem Zimmer hängt ein nicht einmal gutes Bild des Parteivors.“ Mit Hakenkreuzen hat man bei der Ausbildung des Palastes nicht gespart. Selbst die Uhrzeiger in allen Zimmern sind aus Hakenkreuzen. Eine Treppe führt den Besucher in das erste Stockwerk. Diese Treppe besitzt den brautigen Ruhm, rund 20 000 Mark gekostet zu haben.

Eines ganz Besonderes ist der Senatsaal. Wer ihn das erstmals sieht, ist im wahrlichen Sinne des Wortes sprachlos. Soviel Pracht und soviel Luxus erwartet man selbst in dem Palast eines Reichsführers nicht. Sechzig geschmückte Sessel stehen hier für die von der Reichsleitung zu ernnenden Senatorn bereit. Bei jedem Sessel hat allein die Schnitzerei 3000 Mark gekostet, und mit besonders teuren Behängen sind die Wände verkleidet. Neben diesem Senatsessel kann sich eigentlich nur der „Chef“ Zimmers lehnen lassen. Im Stile von Mussolini's Arbeitszimmer ist es angelegt... Ganz oben im Dachgeschoss des Hauses liegen die eigenlichen Arbeitszimmer der unteren Angehörigen. In diesen Zimmern ist es im Sommer dreidimensional, zum Ausgleich dafür soll es im Winter erholt dort eben sein. Besonders gut sind im Brauen Palast die Zimmer der SS eingerichtet, damit die Leibgarde ja tren bleibt.

Jeden Nachmittag von 5—7 steht der Braue Palast in ein Museum verwandelt, denn von 5—7 steht der Braue Palast der Besichtigung durch das Publikum offen. Wir halten in Berlin gehörte, der Braue Palast sei dem Gedanken der Gefallen des SA gewidmet. Wir halten uns vorgestellt, daß doch mindestens im Zimmer des Stabschefs Bilder der gefallenen SA-Kameraden hängen. Aber nichts dergleichen ist im ganzen Brauen Haus zu finden. Im Zimmer des Stabschefs hängt lediglich ein Bild von ihm selbst!!“

Das Stennesblatt schreibt: „Wir haben zu diesen verbürgten und auf ihre Wahrhaftigkeit von uns sorgsam geprüften Berichten nur die eine Frage an die noch in dieser „Arbeits“-Palast befindlichen revolutionären SA-Kameraden zu richten: „Wie lange noch?“

zum Vorjahr

Jetzt Sie den köstlichen hulstisch zwieback mitnehmen. In seiner idealen Verpackung ist er immer knusprig und sein im Geschmack, dabei fühlend und leicht behöklich. Zum nächsten Auszug vergessen Sie nicht den guten

Gülzpf-Zwinbart

gestellt, vor allem das große Geheimnis der Dreifaltigkeit, das damit eng verbunden ist.

Dr. Lehmann streift dann flüchtig das Problem der Persönlichkeit, wie es sich bei Augustinus, Pascal und der modernen Individualpsychologie findet, unterstrich den Unterschied, der zwischen Person und Persönlichkeit zu machen ist, und wies schließlich auf die Bedeutung des Konzils für die Verehrung der Gottesmutter Maria, deren Gestalt von hellenistischen Mythen befreit und ebenfalls klar gezeichnet wurde, und für das Papstamt hin. In Ephesus trat ja das Papstamt zum ersten Male in großem Rahmen hervor und hat sich in diesem ersten Kampfe als Säule des Glaubens und Grundstein der Kirche bewährt. Ephesus ist also der erste bedeutende Markstein in seiner Geschichte und damit auch in der Geschichte der Kirche.

Alfred Panke.

Zeitgeist

In neuester Zeit gehören die Scheidungen schon unter die Familienschranken. Wo man früher die Welt unterteilen ließ an Taufen, Verlobungen, Vermählungen und Beerdigungen, da läßt man sie heute schon an ihren Scheidungen teilnehmen. Man könnte einwenden, Scheidungen gehören genau so unter die Familienanträgen, wie die Nachrichten über die Hochzeit. Denn die Begründung der Familie sei genau so viel wert, wie die Auflösung derselben.

Die Unselbstigkeit der Zeit erkennt immer neue Späße. Vor dem einen heilig, wird dem andern zum Ult. Der § 218 gibt die Gemüter und macht das Gesetz zum überflüssigen Tagesgespräch. Die intimen Geheimnisse werden mit einem Zynismus an die Oberfläche gezeigt, daß man wirklich mehr Kritik mit der Druckerschwärze hat, als mit den Menschen, je sie ihrer Schwäche wegen benutzen. Eine Welle des Unrats strömt durch die Zeitschriften. Die Spalten sind gefüllt voll von Verbrechen, Morbern, Einbrüchen, Unterschlagungen. Es scheint, als ob die Welt voll wäre von Verbrechern. Kinder belämmern und be-

Aus der Lausitz

Generalversammlung des Cyrill- und Method-Bundes

Wittichenau. Am Sonntag hielt der Cyrill- und Method-Bund, dem zurzeit an 1200 Mitgliedern angehören, seine 68. Generalversammlung im Gasthaus „Deutscher Kaiser“ ab, die in Rücksicht auf die Zeitverhältnisse sehr gut besucht war. 1862 durch den damaligen Pfarrer Hoenig in Bautzen gegründet, hat der Verein während der sich sieben Jahre zehnte die geistigkulturellen Belange der katholischen Wenden vorsätzlich gefördert durch Herausgabe der Wochenschrift „Katholischer Post“ und durch eine Unmenge Bücher geistlichen und profanen Inhalts. Im Verhinderung des ersten Vorstehenden Prälat Sauer, der krankheitsbedingt in einem Bode weilte, leitete sein Stellvertreter, Oberlehrer Simank, Bautzen, die Versammlung. An die geistlichen Oberhaupten Kardinal Bertram in Breslau und Bischof Dr. Gräber in Bautzen wurden Ergebenheitstelegramme abgesandt. Ortsfachter Kröl begrüßte die zahlreichen Christenmenschen namens der Vorstehenden und der wendischen Gesangverein „Praktowost“ entbot unter Leitung von Kantor Jäckel harmonische Griffe durch Worttag mehrerer gemischten Chöre, deren reine und gesinnloose Wiedergabe einen sichtlichen Eindruck auf die Zuhörer hinterließ. Die teils zum Vorstand, teils zum Ausschuss angehörenden verstorbenen Mitglieder Pfarrer Bedel († 30. 7. in Röbeln), Pfarrer Scholze († 4. 8. 30 in Wittichenau) und Gutsbesitzer Hermsdorff († 4. 6. 31 in Nachau bei Wittichenau) ehrt man durch Ehrungen von den Plänen und ein stilles Gebet. Den Jahresbericht über das Vereinsorgan „Katholischer Post“ erstattete der gegenwärtige Redakteur Kaplan Konrad, Bautzen. Über den Stand der Finanzen und den Rechnungsabschluss aus dem Jahr 1930 sprach der Kassierer Kantor Scholze, Bautzen. Wie allenthalben, so wirkte sich auch hier die Wirtschaftslage aus. Das umfangreiche Rechnungswort war geprägt und für richtig befunden und somit der Kassierer entlastet. An die Berichte schloß sich der Hauptvortrag. Erzpriester Sauer, Bautzen, sprach über die „Katholische Aktion“. In seinen 1½ stündigen Ausführungen warnte er die gesamte Christenheit vor dem anstürmenden freien Atheismus und der zynischen Gottlosigkeit bolschewistischer und kommunistischer Kreise, die jetzt aufs Ganze gehen. Dem Vortrag folgte eine ergiebige Aussprache und die weit über drei Stunden dauernde Versammlung wurde mit der Nationalhymne geschlossen.

ex.

Die Auflösung der katholischen Vereine in Südtirol

Der Gegensatz zwischen dem püpstlichen und staatlichen Rom ist tiefschlagend. Seine Auswirkungen sind in Südtirol trauriger als im übrigen Italien, weil durch diesen Kampf in Südtirol die leichten Reste sich sammelnden Volkhofs begreifen worden sind.

Die Auflösung der Jugendvereine, insbesondere der seit Jahrzehnten bestehenden Gesellenvereine, die großes Ansehen genießen, da sie einer Reihe von Jugendlichen gezielte Erziehung, billige Wohnung und Verpflegung boten, ist ein schwerer Schlag für die Jugend, sie für das religiöse und volkstümliche Leben Südtirols. Aus der Willkür, mit der man auch andere religiöse Vereine aufgelöst und deren Vermögen beschlagnahmt, später allerdings zum Teil wieder zurückgegeben hatte, kann man die Systemlosigkeit ersehen, mit welcher diese Aktion in Südtirol durchgeführt worden ist.

Einige Beispiele seien angeführt: In Bozen löste man alle katholischen Jugendvereine einschließlich der Jugendkapelle auf, beschlagnahmte deren Vermögen und forderte die Räumung der Jugendhäuser. — In Kaltern dasselbe. — In Bruneck wurden die katholischen Standesbündnisse für Männer und Frauen aufgelöst und die Mitgliedschaften abverlangt. — In Bruneck wurde der katholische Jugendbund aufgelöst und der Befreiung nachgestellt. Man versiegelt sogar die Türe des Jugendhauses. In Meran nahm man bei der Auflösung der Gesellenvereine die Kassabücher und Schriften weg und löste die Vereinshapelle auf. In Untermäis wurde bei Auflösung des katholischen Jugendverbands die Kassa mit 1000 Lira Bargeld und ein Spardüslein der Jugendlichen beschlagnahmt. In Wolberg löste man die Musikkapelle, die der Katholischen Aktion angeschlossen war, auf, beschlagnahmte die Instrumente und versiegelte das Lokal. Da die Aufruhr in der Bevölkerung deshalb außerordentlich groß war, wurde diese Maßnahme wieder rückgängig gemacht. Auch

folgten ihre Eltern, sie vergreisen sich an fremdem Gut, sie wachsen auf als Taugenichts und man wundert sich nachher, wie aus diesen Kindern Schänder werden. In diesen Tagen hat ein Fünfzehnjähriger seine Mutter halbtot geschlagen, weil sie ihm kein Geld gab, was aber daraus hervorgeht, Elternliebe ist oft blind, was aber daraus hervorgeht, das sieht diese Liebe erk, wenn es zu spät ist und ihre Kinder vor den Schranken des Gerichts stehen. Wie oft sieht und hört man, wie Kinder ihre Eltern anklagen.

Das Volk wird zerplattet, es werden die besten Familien auseinander gerissen. Auch unsere Familien. Der Vater ist in den und den Vereinen und Parteien. Er muss abends in mehreren Verbänden. Wenn er nicht dabei ist, gehen die ganzen Gruppen auseinander. Die Töchter sind in ihren Klubs und die Mutter hat ihre Kränzchenabende. Ein echtes, rechtes Familienleben findet man heute kaum noch. Da wundern wir uns, wenn davon gesprochen wird, daß der Familienkreis nirgends mehr zu Hause ist. Die Jugend soll heranreifen zu tüchtigen Menschen, aber, wie die Alten jungen, so zwitschern die Jungen. Auch diese vermögen kein ideales Familienleben zu führen, sie sind es ja von Hause aus nicht besser gewohnt.

Nun liegt mir eine Anzeige vor. Über zwei Spalten einer Zeitung lese ich: Meinen Freunden telle ich hiermit die Scheidung meiner Ehe mit Frau ... mit.

Ich glaube mich zu erinnern, diesen Plan zu kennen. Seine Vermählung wurde in demselben Rahmen breit getreten, wie seine Scheidung. Die Taufe seines Sohnes Günther ebenso. Vor der Ehe war der Direktor ein Mann, der in keine Gesellschaft passte. Überall galt er als ein Mensch, der nur Ungemütllichkeit mit sich brachte. Wir haben uns damals den Kopf zerbrochen, wie diese Ehe ausgehen würde. Zu Anfang schien es gut zu werden, bald aber war seine Frau eine Verlassene. Die Warnungen, die alte Freunde aussprachen, wurden in den Wind

Was Frankreich erreicht hat

„Der zehnte Teil genügte“

Paris, End. Sun.

Am 11. Juni veranstaltete der Pariser Club du Luxembourg, ein politischer Diskussionsclub von Bedeutung, eine öffentliche Aussprache über die Annexionfrage. Das Hauptreferat hielt der Pariser Rechtsanwalt Lamour, der für eine Revision der Friedensverträge eintrat, und sich zu einer ernsthaften Verständigungspolitik mit Deutschland und zum Pan-Europa-Gedanken bekannte. Nach ihm vertrat Saucier und der bekannte kriegsblinde Pariser Abgeordnete Scapini die französisch-nationalistische Eckenpfeile. Sie bezeichneten als besonders gefährlich für den Weltfrieden und die Sicherheit Frankreichs eines deutsch-österreichischen Zusammenschlusses, zu dem die Zollunion den Weg ebnen sollte. Daher muß Frankreich unbedingt sein Veto dagegen aufrütteln.

Der Abgeordnete Renaudot (von der Kammergruppe der „Unabhängigen der Linken“) verurteilte anfänglich ebenfalls die Unabhängigkeit Frankreichs, aber nicht weil er sie zu sehr, sondern weil sie zu wenig europäisch und pazifistisch sei. Er wandte sich vor allem gegen die Bündnispolitik Frankreichs mit der kleinen Entente, deren Annäherung und Machtigkeit Frankreich den Norden steile. Die Grenzen dieser Staaten seien auf die Dauer unehrenhaft und es sei deshalb ein Verbrechen am französischen Volke, das Schicksal Frankreichs an das Schicksal dieser 2. unnationalen Gesilde des Friedensvertrages zu lassen.

Nach Renaudot sprach der elsässische autonomistische Abgeordnete Camille Dahlé, für ihn sei es selbstverständlich, daß die Deutschen und Österreicher nicht nur eine Zollunion abschließen, sondern auch ihren politischen Anschluß vollziehen können. Das gebietet das Selbstbestimmungsrecht der Völker, zu dem sich auch Frankreich während des Krieges bekannt habe. Durch dieses Bekenntnis habe es ja nur die Hilfe Amerikas erlangt, ohne die es den Krieg nicht gewonnen, sondern verloren hätte. Es habe daher nicht das geringste moralische Recht, gegen eine Union Österreichs mit Deutschland ein Veto einzulegen, ebenso wenig oder im polnischen Korridor verteidigen zu wollen. Wörtlich fuhr dann der Zaberner Abgeordnete fort:

„Wenn man im Jahre 1913 euch alle, die ihr hier versammelt seid, einschließlich meines Kollegen Scapini, gefragt hätte:

Betrachtet ihr die Sicherheit Frankreichs als hinreichend gewährleistet, wenn folgendes durchgeführt wird:

1. Der deutsche Kaiser und sämtliche deutschen Fürsten werden abgesetzt. Deutschland wird Republik.

2. Deutschland, bisher die größte Militärmacht der Welt, wird entmilitäriert, die obligatorische Wehrpflicht wird abgeschafft. Es darf nur noch eine stark reduzierte Armee von Berufssoldaten halten, die aus Freiwilligen rekrutiert wird. Der größte Teil der deutschen Jugend geht also nicht mehr durch die Kaserne.

3. Die deutsche Flotte wird ausgelöscht, das Kriegsmaterial zerstört, die Festungen werden geschleift.

4. Das ganze linke Rheinufer wird entmilitarisiert und sogar mit samt den Rheinbrückenkörpern eine geräumte Zeitspanne durch französische und alliierte Truppen besetzt.

5. Ein Fünftel des deutschen Gebietes mit einem Fünftel der bisherigen deutschen Staatsangehörigen werden von Deutschland abgetrennt und kommen an Frankreich, Belgien, Dänemark, Polen, Litauen. Elsaß-Lothringen mit seiner arbeitsamen und kriegsfähigen Bevölkerung, sowie seinen natürlichen und wirtschaftlichen Reichtümern kommt an Frankreich.

6. Deutschland verliert seine sämlichen Kolonien, von denen ein großer Teil Frankreich übergeben wird.

7. Die deutsche Hypothek auf Marocco, die vor 25 Jahren fast zum Kriege geführt hätte, wird aufgehoben. Frankreich erhält in Marocco vollständig freie Hand.

8. Österreich-Ungarn, die zweite große Militärmacht Europas und Deutschlands treuer Sekundant, wird in Stücke geschlagen. Österreich bleibt auf rein deutsche, Ungarn auf rein ungarische Teile beschränkt. Aus den anderen Ländern des Donau-Monarchie werden (unter Einverleibung starker deutscher resp. ungarischer Bevölkerungsanteile) teils selbständige Staaten gemacht, die Verbindungen Frankreichs werden, bereits bestehenden Befreiungsanteile angegliedert.

9. Ein Völkerbund wird errichtet und ein internationales Reichshof geschaffen, dem alle Streitfragen, die früher durch Waffengewalt gelöst wurden, zur Schlichtung übertragen werden . . .

Wenn man auch im Jahre 1913 gefragt haben würde, ob auch unter solchen Umständen die Sicherheit Frankreichs als genügend gewährleistet scheint, hätte ihr zweifellos geantwortet: das ist ja verrückt und unmöglich. Soviel verlangen wir ja gar nicht, der zehnte Teil würde uns genügen.“

Dresdner Schlachtwiehmarkt

Dresden, 6. Juli. Auftrieb: 142 Ochsen, 589 Kühe, 230 Rühe, 35 Färsen, 10 Fresser, 878 Röder, 895 Schafe, 279 Schweine, zusammen: 5738 Schlachtiere. Preise: Ochsen: a) 1. 44—48 (84), b) 34—42 (72), b) 1. 30—31 (61), c) 27—29 (60), e) 2—, d) —. Kühe: a) 36—39 (69), b) 30—34 (62), c) 22—26 (52), b) 18 bis 20 (50). Färsen: a) 42—44 (79), b) 36—40 (70). Fresser: a) —. Röder: a) —, b) 56—61 (95), c) 48—55 (88), d) 40—47 (80), e) —. Schafe: a) 1.—, b) 48—51 (90), b) 40—45 (92), c) 39 bis 38 (81), d) —. Schweine: a) 43—45 (55), b) 44—45 (57), c) 45—46 (61), d) 43—44 (60), e) 40—41 (58), f) —, g) 40—43 (55). Geschäftsgang: Rinder: schlecht, alles andere langsam. Überstand: 296 Rinder, davon 25 Ochsen, 176 Kühe, 95 Rühe, außerdem 79 Schafe, 8 Schweine.



Rosling spricht!

„Wenn ... bestimmte soziale Lebenskreise, wie wollen jetzt schon jenen gewerblichen Lebenskreise, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Kräften darum hinzuhalten wollen, daß in ihnen das Streben nach persönlicher Tüchtigkeit ... nicht bloß überhaupt gefordert, sondern als Bedingung zum Eintreten in diesen bestimmten bürgerlichen Kreis, der in seiner Art eine Familie ist und ein sehr wesentlicher Zweig der großen Familie der menschlichen Gesellschaft, festgehalten wird, dann ist das nicht bloß läßlich und gut, sondern geradezu notwendig für das gemeinsame Wohl der Gesellschaft. Die Gesamtgesellschaft soll und muß es dankbar begrüßen, wenn in dieser Hinsicht nur rechter Ernst gemacht wird und ihr Gewerbe recht ernste Forderungen an ihre eigenen Genossen stellt. Wollte Gott, alle Stände, wie sie auch Rennen haben, hielten diese Forderung nach persönlicher Tüchtigkeit, um im Stande Selbstständigkeit zu finden, recht streng aufrecht und wendeten sie kräftig an — im Ernst würde sich niemand beklagen. Ober kann es der Gesamtheit frommen, wenn sich

wer will in jeden Stand einzutragen darf ohne Rücksicht darauf, ob er Ehre oder Schande hineinträgt, ob er imstande ist, den Stand haben zu helfen oder ihn niederdrücken muß? Sollen Stände sein in der Welt und in der Gesellschaft unterschieden werden, ruht auf der naturgemäßen Gliederung der Stände, wie sie keine irdische Weisheit gemacht hat und keine Rache und heilerelei Gewalt auf Erden zerstören kann, das willkürliche Familienleben der Menschen im großen, dann muß man auch jedem Stande das Recht resp. die Freiheit geben, seine Aufgabe für die Gesamtheit wie für sich selber nach Kräften zu lösen, dann muß jeder Stand für sein wahres Wohlsein bedacht sein dürfen und sogar angehalten werden, so zu sein. Entweder hat kein sozialer Stand das Recht, aber sie haben es alle, und daß der gewerbliche Lebenskreis ein Stand ist in der sozialen Ordnung, wird doch wohl niemand bestreiten. Also die Gesamtheit gewinnt entschieden, wenn die Gewerbe im möglichst großen Zahl vertreten sind durch tüchtige Persönlichkeiten, durch Leute, die sittlich und gewerblich etwas Ordentliches aus sich gemacht haben. Dann haben ihre Familien den rechten Halt, dann garantieren diese Gewerbegegnisse, daß dem Stande so nötige und unentbehrliche Ehre, dann beglaubigt diese Ehre die Gewerbeschaffendheit dem sogenannten Publikum gegenüber. Weil das Gewerbe aus sittlich tüchtigen Menschen besteht, halten diese die Sittlichkeit im Stande aufrecht, eine Ausgabe, welche niemand in der Welt so zu lösen imstande ist als das betreffende Gewerbe selbst, und die gelöst werden soll wegen des allgemeinen Wohls. Weil das Gewerbe aus sittlich tüchtigen Menschen besteht, verteidigt es auch seine Ehre aus Fleißhaftigkeit den übrigen Ständen gegenüber, ebenfalls von wegen des allgemeinen Wohls. Weil das Gewerbe aus sittlich tüchtigen Menschen besteht, verhindert es auch seine Ehre aus Fleißhaftigkeit den übrigen Ständen gegenüber, ebenso von wegen des allgemeinen Wohls; wahrlich ein Umstand, der heute vernachlässigt der herrschenden Standausübung, Entchristlichung des Sozialstaats dreimal zu beachten wäre. Das sogenannte Publikum wünscht schärflich, von Zug und Zug, von Plüscherlei und Liebwohlstellung, von dem Wohlbrauch der Freiheit erlöst zu werden; das arme Publikum, das weder alles wissen, noch alles machen kann, aber endlich alles nötig hat und sich in den meisten Fällen dem Handel und Wandel wie auf Discretion ergeben muß, wünscht und verlangt — eine ehrliche christliche Behandlung und Gestaltung, die aber gewähren sicher nur allein sittlich feste und gewerblich tüchtige Männer.“